

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/001(VII)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 14.08.2019	Franckesaal	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2019
- 4 Wahl Stellvertretung des Ausschussvorsitzenden
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Magdeburger Aktions-/Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) DS0270/19
BE: V/02
- 6 Informationen
- 6.1 Umsetzungsstand des Magdeburger Aktions- bzw. 10194/19
Maßnahmenplanes zur UN-Konvention für die Rechte von
Menschen mit Behinderungen
BE: V/02

6.2	Fachförderrichtlinie Initiativfonds Gemeinwesenarbeit BE: V/02	I0160/19
6.3	Versorgungssituation von hilflos aufgefundenen Menschen mit Demenz BE: V/02	I0188/19
6.4	Dokumentation zur 6. Armutskonferenz 2018/19 mit dem Schwerpunkt Kinderarmut BE: V/01	I0179/19
7	Anträge	
7.1	Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat Interfraktioneller Antrag	A0131/19
7.1.1	Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat BE: Amt 30	S0259/19
8	Vorstellung des Dezernates für Soziales, Jugend und Gesundheit BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Borris	
9	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Matthias Borowiak

Mitglieder des Gremiums

Matthias Boxhorn

Oliver Kirchner

Julia Mayer-Buch

Manuel Rupsch

Jenny Schulz

Geschäftsführung

Kathleen Uniewski

Christian Hausmann

Mitglieder des Gremiums

Dr. Thomas Wiebe

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. 6 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2019

Die Niederschrift vom 19.06.2019 wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung:2-0-4

4. Wahl Stellvertretung des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, bittet um Vorschläge für die Stellvertretung des Ausschussvorsitzenden. Stadtrat Rupsch, schlägt Stadtrat Boxhorn vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte entscheiden sich für ein offenes Wahlverfahren. Stadtrat Boxhorn wird als stellvertretender Ausschussvorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschuss gewählt. Stadtrat Boxhorn nimmt die Wahl an.
Abstimmung: 6-0-0

17.10 Uhr - Stadträtin Schulz nimmt an der Ausschusssitzung teil, 7 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Magdeburger Aktions-/Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) Vorlage: DS0270/19

Herr Dr. Gottschalk bringt die DS027/10 – Magdeburger Aktion-/Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK ein) ein. Der Maßnahmeplan beinhaltet sowohl Leitlinien als mittelfristige Rahmenziele der Magdeburger Kommunalpolitik als auch konkrete Maßnahmen, die im Rahmen von Workshops und Fachgesprächen beteiligungsorientiert und ressortübergreifend erarbeitet wurden. Über den aktuellen Umsetzungsstand wird in der

I0194/19 informiert. Mit der aktuellen Drucksache erfolgte der Auftrag, den Aktionsplan zu überarbeiten. Stadtrat Borowiak – Infrastrukturplanung zum Aktions- und Maßnahmenplan bis 2020, wie erfolgt die Information? Herr Dr. Gottschalk informiert, dass eine erste Auftaktveranstaltung für die Überarbeitung am 10.09.2019 im Rathaus stattfinden wird. Wichtig ist eine querschnittsorientierte Diskussion. Verschiedenste Bereiche werden einbezogen. Die Beigeordnete V, Frau Borris, informiert das Sozialpolitik Aufgabe der gesamten Stadtverwaltung ist. Die verschiedenen Leitlinien wurden mit 85 Maßnahmen untersetzt, die in der Zuständigkeit einzelner Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe liegen. Die Umsetzung der Aktionspläne funktioniert nur mit Unterstützung. Am Ende entscheidet der Stadtrat über die Maßnahmen. Herr Dr. Hildebrand weist auf die maßgebliche Beteiligung des Seniorenbeirates hin. Auch Frau Ponitka möchte auf die Wichtigkeit der Umsetzung des Maßnahmenplanes hinweisen. Teilweise ist die Umsetzung bis 2020 zu lang. Gesprächsbedarf sieht sie in Bezug auf Wildwasser. Dr. Gottschalk verweist auf die Priorisierung der Maßnahmen. Über die Umsetzung wird dann der Stadtrat entscheiden. Stadtrat Borowiak stellt die DS0270/19 zur Abstimmung.

Abstimmung: 7-0-0

Die DS0270/19 wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

6. Informationen

- 6.1. Umsetzungsstand des Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmenplanes zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Vorlage: I0194/19
-

Die Information wurde unter Tagesordnungspunkt 5.1 mit zur Kenntnis genommen.

- 6.2. Fachförderrichtlinie Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
Vorlage: I0160/19
-

Herr Dr. Gottschalk bringt die Information ein. Ansatz der Überarbeitung war, die Antragstellung weiter zu vereinfachen und eine Auszahlung der Mittel mit Bestandskraft des Zuwendungsbescheides auszureichen. Für Sprecher sollte eine jährliche Aufwandsentschädigung geprüft werden. Die überarbeitete Förderrichtlinie zur Förderung der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit mit den entsprechenden überarbeiteten Antragsunterlagen, wurde dem Stadtrat vorgelegt. Nach entsprechender Anwendung sollte dem Stadtrat wieder berichtet werden. Die Auswirkungen auf die Anträge ist zufriedenstellend. Aus Sicht des Dezernates haben sich die Maßnahmen bewährt. Stadtrat Hausmann kann dies bestätigen. Die vorliegende Regelung wurde auch durch die GWA-Sprecher bestätigt. Stadträtin Schulz hat eine kritische Anmerkung zur Fehlbedarfs und Festbetragsfinanzierung. Zu Punkt 4 möchte sie wissen ob dieser vollständig anwendbar ist? Dr. Gottschalk informiert, das bestimmte Leistungen, wenn nicht finanzierbar, jetzt ausgeschlossen sind. Die I0160/19 – Fachförderrichtlinie Initiativfonds Gemeinwesenarbeit – wird zur Kenntnis genommen.

6.3. Versorgungssituation von hilflos aufgefundenen Menschen mit Demenz
Vorlage: I0188/19

Herr Dr. Gottschalk bringt die Information ein. Mit Einbringung des Seniorenpolitischen Konzeptes, wurde folgende Maßnahme beschlossen: „Es ist die „... Versorgungssituation von hilflos aufgefundenen Menschen mit Demenz zu prüfen und bei Bedarf ein Verfahren zur adäquaten, vorübergehenden Versorgung zu prüfen. Konkrete Angaben zu Fällen in Magdeburg, in denen Menschen mit Demenz hilflos in der Öffentlichkeit angetroffen werden, für die zunächst nicht geklärt werden kann, wo sie wohnen bzw. wer ggf. für die Betreuung zuständig ist, waren den im Projekt beteiligten Fachkräften aus Pflege, Krankenhaus und Demenzarbeit nicht bekannt. Die Recherchen haben ergeben, das auf der Grundlage von Rückmeldung (Befragung Notaufnahme Pfeifferschen Stiftungen, Uniklinik, Rettungsdienst Malteser Hilfsdienst, Johanniter Unfallhilfe) kann nicht von einer generellen Herausforderung bei der Betreuung und vorübergehenden Versorgung hilflos aufgefunder Menschen mit Demenz ausgegangen werden. Stadtrat Boxhorn kann der vorliegenden Information aus seiner Tätigkeit so beipflichten. Weiterführende Maßnahmen werden erstmal nicht gesehen. Die I0188/19 wird zur Kenntnis genommen.

6.4. Dokumentation zur 6. Armutskonferenz 2018/19 mit dem Schwerpunkt Kinderarmut
Vorlage: I0179/19

Frau Deutschmann bringt die Information ein. Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses hat die Landeshauptstadt in Kooperation mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und wissenschaftlicher Unterstützung der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg sowie der Hochschule Magdeburg-Stendal die sechste Armutskonferenz organisiert und durchgeführt. Die Hauptveranstaltung fand am 06.03.2019 statt. Verschiedene Workshops wurden angeboten um konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Inhaltliche Einzelheiten zu den Ideen der Workshop Teilnehmer sind der Anlage 1 zu entnehmen. Anlage 2 stellt die Projektdokumentation der Einzelprojekte und die gemeinsamen Ideen in komprimierter Form dar. Die Ideen des Workshops Kinderrechte werden in nächster Zeit größtenteils in Aktionen oder die Bereitstellung von Angeboten einfließen. Weiterhin ist eine Reihe von Fortbildungen für pädagogisches Personal geplant. Ebenso ist die Berechtigung und Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe ein Indikator für finanzielle und sozial-gesellschaftliche Armut. Obwohl sich die Annahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe seit 2011 positiv entwickelt und durch die Einführung der Bildungskarte 2016 noch verstärkt hat, erreicht diese Form der Unterstützung noch nicht alle. Wege wie bürokratische Hürden weiter abgebaut werden können wurden ebenfalls im Workshop thematisiert. Stadträtin Schulz weist darauf hin, dass ja auch das Starke-Familien-Gesetz zur Entbürokratisierung beitragen soll. Die I0179/19 wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

- 7.1. Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: A0131/19
- 7.1.1. Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: S0259/19
-

Frau Kuhle, Rechtsamt, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Aus der Stellungnahme geht hervor, dass die Umsetzung des Antrages rechtlich nicht zulässig ist. Gesetzlich normierte Rede- und Antragsrechte in der Vertretung und den Ausschüssen bestehen nur für die Mitglieder und für die im KVG LSA genannten Personen im Rahmen der gesetzlichen Formen (sachkundige Einwohner in den Ausschüssen, Oberbürgermeister und Stadträte in den Sitzungen des Ortschaftsrates sowie Ortschaftsräte in den Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse. Es ist zu berücksichtigen, dass ein generelles selbstständiges Rederecht den Mitgliedern von Beiräten, die nicht direkt demokratisch legitimiert sind, die Möglichkeit geben würden, jederzeit nach Belieben das Rederecht wahrzunehmen. Stadtrat Rupsch sieht die Notwendigkeit des Antrages mit Hinweis auf die Stellungnahme des Rechtsamtes nicht. Stadtrat Hausmann spricht sich auch gegen ein generelles Rederecht aus. Herr Dr. Hildebrandt weist darauf hin, dass die vorliegende Stellungnahme des Rechtsamtes so nicht korrekt ist. Nach § 79/80 ist eine angemessene Beteiligung sehr wohl gewünscht. Es geht schließlich darum den Stadtrat zu informieren und zu unterstützen. Herr Dr. Hildebrandt empfiehlt den Antrag zurückzustellen. Am 21.08.2019 findet eine Beratung des neuen und alten Seniorenbeirates statt. Diese Beratung soll abgewartet werden. Der Antrag sollte in der Beratung am 21.08.2019 modifiziert werden.

Die Beigeordnete V, Frau Borris, verweist auf die Stellungnahme des Rechtsamtes, an der Rechtslage wird sich nichts auch nach der Sitzung nichts ändern. Frau Kuhle weist nochmal darauf hin, dass ein generelles Rederecht nicht möglich ist, dieses ist den Stadträten vorbehalten. Rederecht im Einzelfall wird gewährt. Die Kommunalaufsicht würde einem generellen Rederecht nicht zustimmen. Stadtrat Boxhorn verweist darauf, dass im Gesundheits- und Sozialausschuss auch immer die Möglichkeit besteht zu sprechen. Stadtrat Hausmann könnte sich auch einen ständigen Tagesordnungspunkt Seniorenbeirat vorstellen. Stadtrat Rupsch bemerkt, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, einen Stadtrat in den Seniorenbeirat zu entsenden und somit auch immer aktuell informiert ist. Weiterhin kann auch der Seniorenbeirat das Gespräch mit den Fraktionen suchen. Herr Pischner spricht sich für eine dringende saubere Regelung in der Hauptsatzung aus. Ein generelles Rederecht besteht aktuell nur für Gleichstellungsbeauftragte. Stadträtin Schulz versteht die Einlassung des Seniorenbeirates.

Stadträtin Schulz stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

„Der Antrag soll zurückgestellt werden und in den Fraktionen erneut beraten werden“.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Borowiak, stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung: 7-0-0

8. Vorstellung des Dezernates für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Borris, stellt das Dezernat vor und gibt einen kurzen Überblick über die Aufgaben des Dezernates und der einzelnen Ämter. Die Organigramme werden dem Protokoll beigefügt.

9. Verschiedenes

Keine Anfragen

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin